



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 8. Ratssitzung vom 29. Juni 2022

### 317. 2022/189

#### **Postulat von Johann Widmer (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 11.05.2022: Signalisierung der Achsen Breitensteinstrasse/Am Wasser und Ottenbergstrasse/ Nordstrasse mit Tempo 50 während der Bauzeit an der Hönggerstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 67/2022): Das Postulat betrifft den Kreis 10 sowie am Rande den Kreis 6. Die Zufahrt von Westen aus dem Kreis 10 in die Stadt erfolgt derzeit über vier Achsen: Achse 1 führt über die Wasserwerkstrasse und Breitensteinstrasse, ab der Europabrücke rechts bis zum Wipkingerplatz; Achse 2 führt über die Höngger- und Limmattalstrasse ab Haltestelle Frankental bis zum Wipkingerplatz; Achse 3 führt über die Ottenberg- und Nordstrasse ab Haltestelle Schwert zum Bahnhof Wipkingen; Achse 4 über den Hönggerberg zum Bucheggplatz. Der Verkehr gelangt normalerweise auf einer dieser vier Routen in die Innenstadt. Bereits jetzt hat die Stadt die Achsen sabotiert und die Achsen 1 und 3 mit Tempo 30 belegt. Pünktlich auf den Beginn der Arbeiten an der Hönggerstrasse wurde auch die Ottenbergstrasse mit Tempo 30 belegt. Nun ist die Kapazität des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) und des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) massiv eingeschränkt. Bewohnerinnen und Bewohner von Höngg und Wipkingen kontaktieren mich verärgert. Fahrzeuge wie der Pinkbus oder der Flixbus fahren am Sonntagvormittag auf der Wasserwerkstrasse, denn jeder Chauffeur sucht Ausweichrouten, weil es immer unmöglicher wird, in der Stadt einen Service Public aufrechtzuerhalten. Die links-grünen Eliten haben keinen Sinn für das Praktische. Die Folge ist, dass alle Verkehrssammelstrassen im Kreis 10 entweder wegen Bauarbeiten blockiert sind oder durch Tempo 30 sabotiert werden. Für Lastwagenchauffeure, Carchauffeure, das Gewerbe und den MIV spielt es keine Rolle, wo man durchfährt: Es ist überall gleich schlecht. Es wird auch versucht, durch die Ackersteinstrasse zu fahren; da hilft auch kein Sackgassensignal bis Oktober 2022. Lastwagenchauffeure fahren sogar vermehrt in die Sackgasse Trottenstrasse und fragen mich dann am Ende der Strasse, wie sie weiterkommen, um die Hönggerstrasse zu umfahren. Jede Route wird zur Ausweichroute – zum Leidwesen der Anwohner. Man sollte etwas tun, das gegen den Lärm nützt. Stattdessen werden der Verkehr und somit auch der Lärm im Quartier verteilt. Der Bürger beginnt sich über die ideologische Verkehrspolitik zu ärgern. Auch die Sabotage mit dem Abbau der Blaue Zone-Parkplätze verärgert weite Kreise. Die SVP wird nicht aufhören, die Wahrheit aufzudecken und aufzuzeigen, was im Stadtrat läuft und was dieser unternimmt, um die Bürger zu plagen. Man zwingt den einfachen Bürger dazu, sein Auto zu verkaufen, weil er sonst nur noch im Stau steht. Man plagt die Leute, die hart arbeiten, damit die Verwaltung den ganzen Tag in der Amtsstube sitzen und Steuern verschleudern kann. Man nimmt den Leuten, die auf*



*ein Auto angewiesen sind, weil sie Schicht arbeiten, die Durchfahrtsmöglichkeiten. Man sabotiert das Gewerbe. Wer nicht eines der idiotischen Cargo-Bikes benutzt, ist der Stadt nicht genehm. Der ÖV wird ebenfalls sabotiert, denn jede Kapazitätsverringernug auf der Strasse bedeutet auch eine Kapazitätsverringernug des ÖV. Und dies nur, weil die Stadt einem «Velowahn» erlegen ist. Man sollte Flagge zeigen gegen den Kapazitätsabbau und das Velo auf den Platz verweisen, der ihm gebührt: den Radweg.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Karin Rykart:** *Baustellen sind immer mit Behinderungen und Umständen verbunden. Es geht schlichtweg nicht ohne. Eine Erhöhung auf Tempo 50 auf den beiden Durchfahrtsachsen Breitensteinstrasse–Am Wasser sowie Ottenbergstrasse–Nordstrasse würde die Situation nicht verbessern, weil der Verkehrsfluss bei Tempo 50 nicht besser als bei Tempo 30 ist. Diese Massnahme würde somit nicht die erhoffte Wirkung bringen. Neben diesen verkehrstechnischen sprechen auch prozessualrechtliche Gründe gegen eine temporäre Geschwindigkeitserhöhung. Es geht um die Umsetzung der Verkehrsanordnung zu Tempo 30 an der Ottenbergstrasse, die seit Oktober 2020 rechtskräftig ist und im März 2022 umsignalisiert wurde. Eine temporäre Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 50 während der Bauzeit würde eine neue Verkehrsanordnung bedingen. Bei Rechtsmitteln könnte die aufschiebende Wirkung gemäss gängiger Praxis nicht entzogen werden, da es sich nicht um eine zwingende Massnahme handelt, die in direktem Zusammenhang mit der Baustelle steht. Viele Quartierbewohnerinnen und -bewohner haben sich über Jahre für Tempo 30 eingesetzt. Wir müssten mit grosser Wahrscheinlichkeit mit der Ergreifung von Rechtsmitteln rechnen, wenn wir eine Verkehrsanordnung so wie im Postulat gefordert publizieren würden. Die Behandlung der Rechtsmittel würde einen grossen Teil der rund 1,5-jährigen Bauzeit in Anspruch nehmen. Somit ist das Postulat nicht sinnvoll und der Stadtrat lehnt es ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Andreas Egli (FDP):** *Es wurde heute im Rat viel warme Luft produziert. Daran konnten auch die kühlenden Voten der FDP wenig ändern. Der vorliegende Vorstoss geht ebenfalls in Richtung warme Luft. Er kommt zu spät und ist nicht zielführend. Wenn ich durch die entsprechenden Strassen fahre, stelle ich fest, dass STR Karin Rykart recht hat. Auch wenn Tempo 50 erlaubt wäre, könnte man nicht schneller als 25 Kilometer pro Stunde fahren, da die Busse kaum kreuzen können. Mit der Aufhebung der Tramlinie 13 für rund ein Jahr wird es vermutlich nicht besser werden. Nichtsdestotrotz sind wir aus prinzipiellen Überlegungen der Meinung, dass auf Strecken mit ÖV-Hauptlinien, die nicht unmittelbar im Bereich von Schulhäusern oder besonders gefährdeten Bereichen liegen, Tempo 50 angemessen und angezeigt wäre. Deshalb unterstützen wir den Vorstoss.*

**Regula Fischer Svosve (AL):** *Man kann das Postulat getrost ablehnen. Auch wenn man an der Breitensteinstrasse, Am Wasser und an der Ottenbergstrasse die Geschwindigkeitslimiten von 30 auf 50 Kilometer pro Stunde erhöhen würde, würde nichts passie-*



ren. Der Verkehr zwischen Wipkingen und Höngg wird deswegen nicht flüssiger. Der aktuelle Stau hat nämlich nichts mit Tempo 30 zu tun. An der Hönggerstrasse müssen zwischen Wipkingerplatz und Ottenbergstrasse die Tramgleise ersetzt und Kanalarbeiten durchgeführt werden. Die gesamte Bauzeit dauert rund eineinhalb Jahre. Dreizehn Monate lang fährt die Tramlinie 13 nur bis zum Escher-Wyss-Platz. Die Haltestellen Waidfussweg, Eschergutweg und Alte Trotte werden dabei nicht bedient. Die grosse Baustelle hat eine Spurenreduktion bei der Verkehrsinsel Wipkingerplatz zur Folge, die den MIV schlicht nicht fassen kann, was wiederum zu einem langen Rückstau auf der Breitensteinstrasse führt. Auch bei der Einfahrt von der Nordstrasse in die Rosengartenstrasse stauen sich die Autos. Beim aktuellen Verkehrsaufkommen nützt das Auswechselln der Temposchilder nichts. Es geht deswegen nicht schneller. Es hat einfach zu viele Autos. Sehr wohl kritisieren darf man an der Baustelle hingegen die massiv ungenügenden Massnahmen der Verkehrsbetriebe (VBZ). Es fehlt an guten Ideen oder am Willen, eine funktionierende Ersatzordnung auszuarbeiten, damit die Quartierbewohnerinnen nicht dreizehn Monate vom ÖV abgeschnitten bleiben. Drei Haltestellen wurden ersatzlos gestrichen. In der Nähe der Haltestelle Waidfussweg befindet sich das Altersheim Sydefädeli. Die rund neunzig Bewohnerinnen und Bewohner des Altersheims müssen sich damit abfinden, dass sie über ein Jahr von der Aussenwelt abgeschnitten sind und ihre Lebensqualität massiv eingeschränkt wird. Auch wenn wir die Geschwindigkeitslimite auf Tempo 50 erhöhen, kommt dort kein Ersatzbus vorbei.

**Martin Busekros (Grüne):** Ich habe zu diesem Postulat einige Berechnungen angestellt. Die Unfallstatistik der Stadt Zürich des Jahres 2021 zeigt, dass es auf Strassen mit einer höheren Geschwindigkeit als Tempo 30 – hauptsächlich Strassen mit Tempo 50 – 870 Unfälle gab. Gleichzeitig gab es auf Strassen mit Tempo 30, welche insgesamt mehr Kilometer ausmachen als Tempo-50-Strassen, 270 Unfälle. Wenn man das auf einen Kilometer berechnet, haben wir 2 Unfälle mehr pro Kilometer auf Strassen mit Tempo 50. Auf den 3,8 Kilometern der betreffenden Strecke ergäben sich somit 7,6 Unfälle mit Personenschaden pro Jahr, die durch die Umsetzung des Postulats verursacht würden. Würde man es auf Schwerverletzte umrechnen, würde man eine schwerverletzte Person in Kauf nehmen, und dies auf einer Strecke, an der sich unter anderem eine Primarschule befindet. Ich halte dies für sehr unverantwortlich und fahrlässig.

**Ronny Siev (GLP):** Die Situation mit dem ÖV und dem Verkehr in Höngg für das nächste Jahr ist tatsächlich problematisch. Der Bus fährt eine Strecke, auf der die Verkehrsverhältnisse bereits sehr eng sind und wo es jetzt schon die ganze Zeit Stau hat. Das Tram fährt die bisherige Strecke nicht mehr und zahlreiche Menschen sind dadurch vom Tram abgeschnitten. Die Busse sowie die Strassen werden vermutlich überfüllt sein. Das Gebiet ist sehr steil. Personen, die weiter unten wohnen, müssen zuerst den Berg hinauf bis zur nächsten Bushaltestelle gehen. Die Situation ist wirklich schlecht. Darin sind wir uns vermutlich alle einig. Es wird sehr schwierig für die Menschen von Höngg. Dass ein ganzes Quartier derart vom ÖV abgeschnitten ist, ist noch nie vorgekommen. Deshalb ist es verständlich, dass die SVP einen Vorstoss ausgearbeitet hat. Dieser zielt jedoch in die falsche Richtung. Das Verkehrsaufkommen wird weiterhin hoch bleiben. Das Postulat hilft in dieser Situation nicht. Es vermag keine zusätzliche Zahl an Autos oder Bussen zu transportieren. Das Postulat kommt zudem deutlich zu spät, man



4 / 4

würde es nicht mehr umsetzen können. Drittens gilt an diesen Orten Tempo 30. Die Personen, die an diesen Strecken wohnen, haben dadurch eine wesentlich höhere Lebensqualität mit weniger Lärm. Aus diesem Grund ist klar, dass wir dort Tempo 30 beibehalten werden. Die aktuelle Situation im Quartier ist ein grosses Problem und man sollte etwas tun, aber das vorliegende Postulat ist die falsche Lösung. Wir lehnen es deshalb ab.

**Florian Utz (SP):** Die SVP hat in zwei Punkten durchaus recht: mit dem Hinweis, dass es aktuell Probleme mit dem Verkehr in Höngg gibt und mit dem Satz in der Begründung, dass von der Quartierbevölkerung Schleichverkehr befürchtet wird. Wenn aber Schleichverkehr droht, ist es eine falsche Überlegung, die Geschwindigkeitslimite auf 50 Kilometer pro Stunde zu erhöhen, weil man annimmt, dass der Verkehr dann schneller hindurchfahren könne. Damit werden keine Probleme gelöst. Der Schleichverkehr ist für die Bevölkerung genau dann besonders belastend, wenn er nicht relativ langsam ist, sondern zu allem Übel schnell ist und somit mehr Emissionen wie Lärm oder Abgas verursacht. Diese belasten die Bevölkerung unverdient. Die Bevölkerung hat sich, wie von STR Karin Rykart ausgeführt, gerade an der Strasse Am Wasser und an der Breitensteinstrasse sehr intensiv dafür eingesetzt, dass endlich Tempo 30 gilt. Nach dem langjährigen und erfolgreichen Engagement wird die Bevölkerung Tempo 30 nicht einfach aufgeben wollen. Bezüglich der Rechtsmittel habe ich eine etwas andere Einschätzung als STR Karin Rykart. Ich gehe davon aus, dass die Rechtsmittel eine Erhöhung auf Tempo 50 nicht nur verzögern, sondern Tempo 50 auch definitiv unmöglich machen würden. Aus lärmrechtlichen, aber auch anderen Gründen wäre es juristisch nicht zulässig, dort Tempo 50 einzuführen, und mindestens in Bezug auf die Strasse Am Wasser und die Breitensteinstrasse würden mit Sicherheit die Rechtsmittel ergriffen werden. Die Bevölkerung kennt ihre Rechte und nutzt diese richtigerweise. Noch viel besser ist es natürlich, wenn man politische Probleme nicht juristisch, sondern politisch löst. Deshalb bedanke ich mich im Namen der Quartierbevölkerung für eine Ablehnung des Vorstosses.

Das Postulat wird mit 31 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat